An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

36. Jahrgang. Omaha, Nebr., Mittwoch, den 17. März 1920 8 Seiten—No. 3

Nebraska State Historical Society

Kapp's Resignation beugt Bürgerkrieg vor

Unabhängige Sozialisten drohten mit Einsetzung einer Soviet-Regierung falls Dr. Kapp nicht resigniere; Ebert-Regierung hält sich

Die Revolution hat 700 Menschenopfer gefordert

London, 17. März. (Von Ed. L. Keen, Korrespondent der United Preß.) — Die deutsche Revolution scheint sich ihrem Ende zu nähern. Hier eingetroffene Depeschen besagen, daß Wolfgang Kapp, sich von allen Seiten wachsender Opposition gegenübergestellt sehend, als Kanzler der Revolutionäre zurückgetreten ist. Alles deutet darauf hin, daß Kapp früh genug zu diesem Entschluß gekommen ist, um einen allgemeinen Bürgerkrieg zu verhindern.

Viele Menschenleben sind infolge des von Kapp eingefädelten Staatsstreichs geopfert und hunderte von Personen verwundet worden. In Kiel allein sollen zwischen 400 und 500 Personen getötet worden sein, als ein Kreuzer die Stadt bombardierte. Das Kriegsschiff eröffnete Feuer, als Anti-Kapp Gruppen eine Demonstration veranstalteten, heißt es in einer Kieler Depesche an die Morning Post. Auch in anderen Großstädten Deutschlands sind viele Personen getötet worden. Dieses gilt besonders von Berlin, Hamburg und Dresden.

Berliner Depeschen melden, daß Hindenburg mit der Revolution nichts zu tun hat.

Eine aus Paris eingetroffene Nachricht besagt, daß Kapp aus Berlin entflohen ist; diese Nachricht aber ist nicht bestätigt worden.

Blutige Kämpfe zwischen Kommunisten und Polizei werden aus Duisburg gemeldet; es sollen 14 Personen erschlagen und 80 verwundet worden sein.

Aller Augen richten sich auf Stuttgart, wo heute angeblich der Reichstag tagen soll. General Märker ist mit Vorschlägen der Revolutionäre dort eingetroffen; man glaubt aber nicht, daß dieselben von Ebert berücksichtigt werden.

Nachrichten aus Berlin besagen, daß das Finanzministerium der Ebert Regierung treu geblieben ist und sich geweigert hat, der Kapp Reierung 10,000,000 Mark für laufende Ausgaben zu geben.

Eine Kopenhagener Depesche meldet, daß die Streikordre Eberts die zweite Abstimmungszone in Schleswig erreicht hat. Man ist dort derselben nachgekommen, und der Bahnverkehr ist gelähmt.

Der Oberste Rat der Friedenskonferenz hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, Deutschland darauf aufmerksam zu machen, daß es den Bestimmungen des Friedensvertrags nachzukommen habe.

Opfer der Revolution.

Von der United Preß zusammengestellte Berichte lassen erkennen, daß infolge der Revolution seit letzten Samstag 700 Personen getötet worden sind. Unoffiziellen Depeschen zufolge sind in nachstehenden Städten gefallen oder verwundet:

Kiel — 400 bis 500 getötet, viele verwundet.

Berlin—60 getötet, viele verwundet.

Dresden — 59 getötet, mehrere hundert verwundet.

Essen—30 getötet, 80 verwundet

Hagen — 23 getötet, viele verwundet.

Frankfurt—20 getötet, viele verwundet.

Frankfurt — 20 getötet, 200 verwundet.

Duisburg — 14 getötet, 80 verwundet.

Leipzig — 9 getötet.

Hannover — „Etliche" getötet.

Schwerin — „Blutige Kämpfe."

Breslau, Hamburg, Weimar und Görlitz — „Kämpfe."

Kapp tritt zu[illegible]

Paris, 17. März. (U[illegible] Preß.) Eine über Frankfurt hier eingetroffene Berliner Depesche besagt, daß Wolfgang Kapp und General Luttwitz, Führer der Revolution, zurückgetreten sind. Veranlassung hierzu gab die Drohung der Reichstagsabgeordneten Cohn und Daumig, in Berlin eine Sovietrepublik zu erklären und die Stadt anzugreifen. Arbeiter in den Distrikten Weißensee, Reinkendorff und Spandau haben sich bewaffnet und sind bereit, die Drohung der genannten Abgeordneten auszuführen. In dem an Kapp gerichteten Ultimatum heißt es, daß die Revolutionstruppen Berlin sofort zu räumen haben.

Straßenkämpfe fordern viele Opfer.

Paris, 17. März. — In Hagen, Westphalen, kam es zwischen Soldaten und Bürgern zu einem blutigen Zusammenstoß. Es heißt, daß 23 Personen getötet und viele andere verwundet wurden. Der Kampf begann, als die Soldaten in die Stadt einrückten.

Münchener Depeschen melden, daß die Lage in jener Stadt kritisch ist. Eine Menschenmasse versuchte, sich mit Gewalt Eingang zum Landtagsgebäude zu verschaffen, wurden jedoch von Soldaten zurückgetrieben.

In Essen hat der revolutionäre Arbeiterrat ein aus 30 Mitgliedern bestehendes Exekutivkomitee gebildet, das Verhandlungen mit der sozialistischen Partei im unteren Rheindistrikt und Westphalen anknüpfen soll, um eine Diktatur des Proletariats ins Leben zu rufen.

Kiel beschossen.

London, 17. März.—Eine Depesche aus Kopenhagen an die Central News meldet, daß der Kreuzer Ekernförde die Stadt Kiel beschossen habe; es sollen 400 Personen getötet worden sein; mehrere Teile der Stadt sind durch das Bombardement zerstört worden. Anderen Nachrichten zufolge sollen Kommunisten das Kieler Arsenal erobert haben; 6 Offiziere und eine Anzahl Soldaten sollen bei diesem Angriff gefallen sein. Später wurde das Arsenal den Kommunisten durch Marinetruppen, die die Revolution unterstützen, wieder entrissen; dabei sollen 200 Mann gefallen sein.

Kämpfe in Dresden.

London, 17. März.—Berliner Depeschen an die Central News melden, daß Revolutionstruppen in die Stadt eindrangen und nach heftigem Gefecht die Arbeitergarde aus dem Telegraphenamt vertrieben u. sich dort festsetzten; es sollen 59 Personen gefallen und 200 verwundet worden sein.

Truppen der Alliierten genügen.

Mainz, 17. März. — Marschall Foch und die übrigen Befehlshaber der alliierten Truppen sind nach einer Konferenz zu der Ansicht gekommen, daß die im Rheingebiet garnisonierenden Mannschaften genügen, um allen Eventualitäten, welche die Revolution hervorbringen mag, sich als gewachsen zu erweisen. Foch ist nach Paris zurückgekehrt.

Eberts Pläne unbekannt.

Berlin, 17. März.—Nach General Gröner soll Feldmarschall Hindenburg dem Führer der Revolution Kapp den Rat gegeben haben, als Kanzler der neuen Regierung zu resignieren und Ebert aufgefordert, Neuwahlen für den Reichstag auszuschreiben. Man weiß hier in Berlin nicht, welche Pläne Ebert verfolgt. Die von ihm zu ergreifenden Maßnahmen hängen ganz und gar von der Haltung der Nationalisten ab. In gewissen Kreisen gibt man sich immer noch der Hoffnung hin, daß ein Ausgleich zwischen ihm und Kapp stattfinden wird. Daß Regierungsbeamte entschlossen hinter Ebert stehen, geht daraus hervor, daß der amtierende Finanzminister sich auf seinen Befehl geweigert hat, der Revolutionsregierung Geld zu geben, um den Truppen die Löhnung auszuzahlen.

Maximilan Harden verhaftet.

Berlin, 17. März.—Maximilian Harden, Herausgeber der Zeitung „Die Zukunft", ist verhaftet worden. (Es ist nur zu verwundern, daß er nicht schon lange totgeschossen ist.)

Besucher nicht zum Ex-Kaiser zugelassen.

Amerongen, 17. März.—Mehrere hervorragende Deutsche trafen gestern per Automobil in Amerongen ein, dem Ex-Kaiser einen Besuch abzustatten, wurden aber trotz mehrerer Versuche nicht vorgelassen.

Sechs Kinder im Blizzard erfroren

Ein Farmer verliert vier Söhne; junges Mädchen opfert sich für Geschwister auf.

Bismarck, N. D., 16. März. — Vier Schulknaben, Söhne des Farmers G. Wohlka, sind in dem Blizzard am letzten Montag erfroren und ihre Leichen von dem Vater gefunden worden. Die Knaben verließen die Schule mit einem Gespann, aber auf dem halben Wege nach Hause konnten die Pferde vor Erschöpfung nicht weiter. Darauf packte der älteste Junge seine Brüder gut im Wagenkasten ein u. ging Hülfe herbeizuholen. Man fand seine Leiche nahe bei dem Elternhause. Eine Meile vom Hause entfernt fand der Vater das Gespann, buchstäblich vom Schnee begraben. Nach Entfernung des Schnees sah er im Wagenkasten die Leichen seiner drei Söhne.

In der Nähe von Center, N. D., gab die 18-jährige Hazel Miner ihr Leben hin, um ihre jüngeren Geschwister vom Erfrierungstode zu retten. Als der Schlitten, in dem sie fuhren, von dem Blizzard, der seit zwei Tagen tobt, umgeworfen wurde, hüllte sie die Kinder in die verfügbaren Decken und ihren eigenen Mantel und wartete auf Hülfe. Erst nach 24 Stunden wurden sie gefunden. Hazel war tot, aber die beiden jüngeren Kinder werden sich erholen. Der Blizzard war der schlimmste Schneesturm seit 1888. Verschiedene Züge der Great Northern sind im Schnee stecken geblieben. Ungefähr 8 Zoll Schnee sind gefallen. Nach den Berichten des Wetterbüros erstreckte sich der Sturm von Montana bis Wisconsin, und von Manitoba nach Nebraska.

Amerika will Hamburg-Linien erwerben

Washington, 17. März. — Die amerikanische Schiffahrtsbehörde arbeitet gegenwärtig mit amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften einen Plan aus, die 60 Weltschiffahrtslinien der Hamburg-Amerika Gesellschaft zu übernehmen, vorausgesetzt, sie erhält von den deutschen Linien die Zustimmung. Die Linien schließen nicht nur den Verkehr zwischen Deutschland und den Ver. Staaten, sondern auch Südamerika, den Orient und anderen Teilen der Welt ein. Beamte der Schiffahrtsbehörde erklären, daß der Betrieb wahrscheinlich zu groß sein würde, als daß eine amerikanische Rhederei imstande wäre, diesen allein zu handhaben. Falls die Pläne durchdringen, würden sich wahrscheinlich mehrere Rhedereien an dem Betrieb der gewaltigen Handelsflotte beteiligen, die notwendig ist, um den kolossalen von Deutschland vor dem Kriege kontrollierten Handel zu bewältigen.

Während die Beamten der Schiffahrtsbehörden nicht zugeben wollten, daß mit der Hamburg-Amerika-Linie Verhandlungen stattfanden, wurde unter der Hand zu verstehen gegeben, daß die deutsche Rhederei bereit ist, mit den amerikanischen Schiffahrtsgesellschaften einen kooperativen Kontrakt abzuschließen.

Schneesturm stört die Vorwahl in Nord-Dak.

Bismarck, N. D., 17. März.—Die Vorwahlen erzielten eine ziemlich starke Stimmabgabe in den Städten, dagegen beschränkte ein heftiger Schneesturm die Beteiligung der Wähler in den Landdistrikten. Die Vorwahlen für die Präsidentschaft erregten nur geringes Interesse, da nur ein Kandidat im Felde war, der republikanische Senator Hiram Johnson von California. Jede Partei erwählte einen Vertreter für das Nationalkomitee, fünf Präsidentschaftswahlmänner, und 10 Delegaten für die Nationalkonvention. Außerdem wurde über vier Verfassungszusätze abgestimmt.

Großfeuer in Nebraska City

Nebraska City, Nebr., 17. März. Dienstag Abend kam aus bisher unbekannter Ursache in den hiesigen Viehhöfen Feuer zum Ausbruch; mehrere Gebäude wurden ein Raub der Flammen, und 500 Schweine verbrannten. Der an Gebäuden und Liegenschaften angerichtete Schaden beziffert sich auf etwa $100,000. Der Wert des verbrannten Viehs ist noch nicht bekannt.

Dieses ist von größter Wichtigkeit!

Die Nachwehen der letzten Nebraska Legislatur dürften noch frisch in dem Gedächtnis unserer Leser sein, indessen ist es nötig, hier zu wiederholen, daß jene Legislatur durch das sogenannte Siman-Gesetz und andere gesetzliche Maßnahmen den Fremdgeborenen, besonders aber den Deutsch-Amerikanern, verbot, in allen Schul- und Religionsunterricht irgend eine andere Sprache wie Englisch zu gebrauchen. Dieses infame Gesetz wurde nach hartem Kampfe von dem Staatsobergericht kaltgestellt. Die Gefahr aber taucht jetzt wieder von neuem auf. Die kommende Legislatur wird gewisse Gesetzvorlagen unterbreiten und Gesetze zu machen versuchen, die dazu angtan sind, die bereits bestehenden Knebelungsgesetze zu erweitern. Die Fanatiker und Fremdenhasser machen sich auf ein derartiges Programm gefaßt, und deren Kandidaten sind bereits im Felde.

Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß die Freunde der Freiheit und Gerechtigkeit sofort Kandidaten für die Legislatur, besonders für den Senat, aufstellen. Der nächste Samstag ist der letzte Tag, an welchem sie Kandidaten für die resp. zu besetzenden Aemter melden können. Die Kandidaten für die Legislatur müssen sich bei dem Staatssekretär anmelden. Es ist somit keine Minute zu verlieren.

Also, wachtauf, wacht auf in allen Teilen des Staates und unterlaßt es nicht, solche Legislatur-Kandidaten aufzustellen, die für Anstand, Gerechtigkeit und Gewissensfreiheit eintreten. Es kann und darf keinen Augenblick gezögert werden, denn die Verzögerung birgt Gefahr in sich.

Handeln ist jetzt notwendig, bis Samstag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr, müssen die Namen aller Legislatur-Kandidaten beim Staatssekretär eingereicht sein.

Unsere Leser sollten auch dafür sorgen, daß in jedem Wahlprezinkt (Voting Precinct) der Name eines rechtdenkenden Kandidaten für County Convention Delegat auf den Primärwahlzettel kommt. Letztere Maßnahme ist ein Passus in dem neuen Primärwahlgesetz. Die County Conventionen der verschiedenen Parteien werden im Mai abgehalten, und die Delegaten zu diesen County Conventionen werden—je vier von jedem Wahlplatz (Voting Precinct) in den verschiedenen Counties im Staate bei der Primärwahl am 20. April erwählt. Nur solche Delegaten, deren Namen bis zum nächsten Samstag beim Countyclerk eingereicht werden, können auf den Wahlzettel kommen und sind der Abstimmung unterworfen.

Es sind keine Gebühren (Filing Fees) hiermit verbunden, und irgend Jemand kann seinen Namen als Delegat von seinem Wahlort (Voting Precinct) beim Countyclerk einreichen.

Indessen ist diese Sache nicht ganz so wichtig, wie in dem Falle der Legislaturkandidaten, immerhin aber wichtig genug, um unsere Leute anzuspornen, denn in diesen County-Conventionen werden in diesem Jahre Resolutionen aller Art gegen Sprach- und Gewissensfreiheit usw. unterbreitet werden. Es gilt, den Bestrebungen der Fanatiker und Fremdenhasser einen Damm entgegen zu stellen. Deshalb, nochmals, wacht auf, und sorgt dafür, daß Kandidaten ins Feld gestellt werden, die einem solchen Gebahren kühn entgegenarbeiten.

Joseph Caillaux,
der frühere französische Premierminister, der jetzt seiner Verurteilung durch den französischen Senat wegen Verrats entgegensieht.

Gouv. Maryland's tritt für „Rasse" ein

Staatslegislatur ernennt ein Komitee zur Untersuchung des Treibens der Anti-Saloon Liga

Annapolis, Md., 17. März.—Der Sprecher des Hauses in der Staatslegislatur, M. E. Tydings, verursachte keine geringe Ueberraschung, als er ein Komitee von fünf Gesetzgebern ernannte, um die Tätigkeit der Anti-Saloon Liga zu untersuchen. Die Anti-Prohibitions-Liga von Talbott County hat schon vor einigen Wochen eine Petition wegen Untersuchung des Treibens der Anti-Saloon Liga eingereicht.

Gouverneur Ritchie trat offen für die Erlassung eines Staatsgesetzes ein, das die Fabrikation und den Verkauf von Bier, Cider und leichten Weinen im Staate Maryland für erlaubt erklärt. Er hat seine Botschaft über die Getränkefrage dem Hause überreicht. Die Botschaft ist eine Gutheißung der Jones Bill, die 3.5-prozentiges Bier fordert und genehmigt das Programm der „Nassen", soweit es für den Staat Maryland in Vorschlag gebracht worden ist.

Wilson unschlüssig in der Kohlenstreik-Frage

Arbeiterführern wird mitgeteilt, daß er die Kommissionsberichte noch verarbeitet.

Washington, 17. März.—Präsident Lewis und Sekretär Green von den United Mine Workers of America stellten sich gestern im Weißen Hause ein, um über die Frage nach der Erledigung des Streiks der Weichkohlenarbeiter Erkundigungen einzuziehen. Ihnen wurde mitgeteilt, daß Präsident Wilson sein Studium der Mehrheits- und Minderheitsberichte seiner Kohlenstreik-Kommission noch nicht beendigt habe. Der Präsident hat sich noch nicht entschlossen, ob er die Mitglieder seiner Kommission mit dem Ersuchen zusammenrufen will, ihre Bemühungen zur Erlangung einer einstimmigen Entscheidung zu erneuern.

Ansprüche der Hartkohlenarbeiter übertrieben.

New York, 17. März.—Die Lohnfrage der Hartkohlengräber wurde in einer Sitzung der Komitees der Bergleute und der Grubenbesitzer beraten, ohne daß man zu irgend welchen Entschlüssen gekommen wäre. Die Besitzer beriefen sich auf die amtlichen Einkommensteuerlisten, um zu zeigen, daß die Bergleute genügend bezahlt werden. Jede Lohnerhöhung, versicherten sie, müsse vom kaufenden Publikum getragen werden. Eine Lohnerhöhung von 30 Prozent und ein 7-stündiger Arbeitstag müsse jede Tonne Anthrazitkohlen um $2 verteuern.

Scharfrichter wieder nach Lincoln unterwegs

Lincoln, Nebr., 17. März. — Scharfrichter Currier vom Staatszuchthaus in Boston ist nach Lincoln unterwegs, nachdem die beiden Reisen des Scharfrichters Hurlbut von New York zur Hinrichtung der Mörder Grammer und Cole wegen Aufschub des Urteils vergeblich waren. Aufseher Fenton hat ihn auf Anordnung des Generalanwalts Davis hierher bestellt. Grammers Geschick liegt in den Händen des Distrikts-Appellationsgerichts der Ver. Staaten in St. Louis. Davis hat ein Gesuch eingereicht, die Berufung als grundlos zu verwerfen, wurde aber abgewiesen. Darauf hat er eine zweite Appellation eingereicht, des Inhalts, daß die Gerichtsbarkeit nicht dem Distriktsgericht, sondern dem Oberbundesgericht zustehe, und den Scharfrichter bestellt. Man hat sich diesmal für den Henker aus Boston entschieden, weil derselbe mehr Zeit hat, als Hurlbut von New York, im Falle einer weiteren Verzögerung der Hinrichtung durch Gerichtsmanöver.

Ex-Oberichter begeht Selbstmord.

Hammond, Ind., 17. März.—Richter John H. Gillett, 63 Jahre alt, früher Oberrichter des Obergerichts von Indiana, erhängte sich auf dem Heuboden seines Hauses mit einer Zeugleine. Seit dem vor einigen Jahren erfolgten Tode seiner Frau war er schwermütig. Gillett war der Verfasser mehrerer juristischer Werke.

Republikaner machen einen letzten Versuch

Ein neuer Einwand zu Artikel 10 vorgelegt; in demselben nehmen die Ver. Staaten Stellung gegen Bedrohung des Friedens

Irländische Frage kommt im Senat zur Beratung

Washington, 17. März.—Nach einer Beratung mit anderen republikanischen Senatoren hat Senator Lenroot, Wisconsin, einen neuen Vorbehalt zu dem Artikel 10 entworfen und gestern in später Stunde dem Senat eingereicht. Dieser Einwand hat den Zweck, die schärferen Bestimmungen des Lodge Einwandes zu mildern und hat folgenden Wortlaut: „Es wird als die Politik dieser Regierung erklärt, daß die Vereinigten Staaten, im Falle die Freiheit und der Frieden Europas wieder durch eine Macht oder eine Gruppe von Mächten bedroht wird, eine solche Lage mit der ernstesten Besorgnis erwägen und beraten werden, welche Schritte, wenn überhaupt solche geplant werden, unternommen werden sollen."

Diese Form eines Einwandes bezeichnet das größte Zugeständnis, zu dem sich die Republikaner hinsichtlich der Aufgabe der Isolation Amerikas und der Beteiligung in europäischen Fragen bequemen werden. Welche Unterstützung der neue Einwand von Seiten der Demokraten erfahren wird, ist ungewiß.

Der gestern angenommene Vorbehalt zu Artikel 10 wird vom Präsidenten nicht gebilligt, und er setzte seine Anhänger im Senat gestern davon in Kenntnis, ehe über den Vorbehalt abgestimmt wurde. Senator Hitchcock hatte ihm den Vorbehalt mit einem Schreiben zugeschickt, und Präsident Wilson sandte die lakonische Antwort: „Kann ich nicht annehmen—W. W." Diese kurze unhöfliche Antwort überzeugte die Anhänger des Präsidenten im Senat, daß der Präsident durch keinen Kompromißvorbehalt zufriedengestellt werden könne, und sie gaben den Kampf auf.

Von einigen Senatoren wird angenommen, daß der neue Einwand die ablehnende Haltung der Regierung etwas mildern werde, so daß man durch denselben genügend Stimmen für die Ratifikation des Vertrages gewinnen könnte. Von Republikanern der Einwändlergruppe wird das Uebergehen weiterer Demokraten vorausgesagt, sodaß die Schlußabstimmung beinahe die nötige Zweidrittelmehrheit zeigen würde. Im Falle der Ablehnung des Vertrages wird eine Wiedererwägung beantragt werden, weil man im Fall einer zweiten Abstimmung darauf rechnet, daß weitere Demokraten das Lager der Regierungstreuen verlassen und den Vertrag vom Untergang retten werden.

Der neue Einwand schließt sich an eine vor einigen Monaten von Senator Knox eingereichte, aber vom Senat nicht verhandelte Resolution an. Die Freunde desselben erklären, daß der neue Vorbehalt den Ver. Staaten die Hand frei lasse, aber von den großen Interessen derselben an einem Kriege, wie dem letzten Weltkriege Zeugnis ablege.

Irische Republik vor dem Senat.

Der Senat wird den irischen Nationalfeiertag durch Abstimmung über die Haltung zur Frage der Unabhängigkeit Irlands feiern. Im Anschluß an die Vertragsdebatten wurde gestern die irische Frage eingehend erörtert, und eine Resolution von Senator Shields, Demokrat, Tennessee, eingereicht, welche die Anerkennung der Selbständigkeit Irlands ausspricht über welche heute abgestimmt werden wird. Die Resolution fand die Unterstützung der Senatoren Walsh, Montana, Phelan, California, und Reed, Missouri.

Seward stiftet wieder schönen Beitrag zum Hilfsfonds

Seward, Nebr., 12. März '20.

Herrn Gustav Haueisen,
Omaha, Nebr.

Sehr geehrter Herr!

Hiermit sende ich Ihnen im Namen der Geber, einen Scheck von $251.00 für den Relief Fund; auch die Liste der Geber.

Dies ist unsere 4te, wenn auch nicht verbesserte Auflage, und das gute Werk geht weiter, so lange Kinder in unserer alten Heimat hungern, wird gesammelt. Von den 4 Säcken Kleider, die von hier letzten Monat an die Bush Transfer Co. abgesandt wurden, haben wir noch keine Nachricht. Ob sie wohl ankommen?

Den Artikel in der Tribüne von der American Dairy Cattle Co. in Chicago, habe ich mit großem Interesse gelesen, und mich gleich mit der Gesellschaft in Verbindung gesetzt. Sollten Kühe Deutschland retten, so hoffe ich, daß sich geng brave und hochherzige Deutschamerikaner finden, um es möglich zu machen, die 100,000 Kühe zu erstehen. Das alte deutsche Sprichwort, „eine Kuh deckt die Armut zu", wird noch überschritten, denn sie rettet vielleicht eine ganze Nation vor dem Untergange.

Wenn möglich, möchte ich von Seward County eine ganze Carladung, ewa 24 Kühe, zusammenbringen. Etliche Farmer sind vielleicht willens, eine Kuh zu schenken. Dann können 2 oder 4, wenn auch 6 zusammenlegen und je eine liefern; auf diesem Weg ist es möglich, eine Carladung zu bekommen. Ich habe mich verpflichtet bei der Gesellschaft, eine Kuh zu liefern und bin bereit, den Betrag von $200 einzusenden. Wäre aber höchst anerkennend, wenn unser Seward County, und überhaupt mehr Counties im Staat, den Plan annehmen würden und eine Carladung an die Gesellschaft absenden könnten. Nicht zu lange zögern, jeder Tag bringt mehr Hunger und die Not ist groß. Unsere Landsleute sind willens, zu helfen, sie sind hochherzig und brav, sowie mitleidig in der Sache, bloß nimmt es ein bischen Arbeit, um ihnen die

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Aktien-Dividende der Crucible Steel Co.

Pittsburg, Pa., 17. März.—Die Direktoren der Crucible Steel Co. of America haben gestern eine Aktien-Dividende von 50 Prozent erklärt, die am 30. April denjenigen, welche am 15. April Aktionäre waren, in gewöhnlichen Aktien der Gesellschaft ausbezahlt wird. Dies ist die erste Korporation von Bedeutung, einen solchen Schritt zu unternehmen, seitdem die Entscheidung des Oberbundesgerichts die Aktiendividenden für steuerfrei erklärt hat. Die Direktoren erklärten ferner eine Bardividende von 3 Prozent, die denselben Aktionären an demselben Tage ausbezahlt werden.

St. Patrickstag-Parade zu Ehren De Valera's

New York, 17. März.—Eamon De Valera, der Präsident der „irischen Republik", hat eine „Proklamation zum St. Patrickstage an die Söhne und Töchter der Gälen" erlassen, in welcher er die Iren zum ferneren Ausharren ermahnt und die Hoffnung auf Hilfe von den Irländern in den Ver. Staaten ausspricht. Alle irisch-amerikanischen Vereinigungen Groß New Yorks werden in Reihen, acht Mann tief, und in 45 Bataillone formiert, in einer St. Patrickstag Parade an De Valera vorbeimarschieren. Die irische Flagge, grün-weiß-orange, wird dem Zuge voranschweben.

Frankreich stehe vor einer großen und glorreichen Zukunft, hat Präsident Wilson dem neuen Präsidenten Deschanel gekabelt; aber es gibt in Frankreich selbst eine ganze Menge Leute, die in ihrem Lande ziemlich gut Bescheid wissen und wesentlich anderer Ansicht sind.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend, für Nebraska und Iowa—Regen oder Schnee heute abend und Donnerstag. Etwas wärmer heute abend.